

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 1 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Eingehen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Graßwald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem Reichstag.

Ueber die gestrige Reichstags-Sitzung bringt die „National-Zeitung“ folgenden Stimmungsbericht:

„So ist denn gestern im Reichstag die Tragikomödie „Umsturzvorlage“ in Scene gegangen, auch im äußeren Verlauf ein unerquickliches Bild. Wie bei der ersten Lesung waren auch diesmal mit dem Reichstagspräsidenten die Kreis der bei der Vertheilung der Vorlage beteiligten Reichstagsmitglieder; so mag es für den barocken Zuschauer auf der Tribüne interessant gewesen sein, die Gruppierung zu verfolgen, wie der Reichstagspräsident sich langsam erhob und, Anfangs laut einsehend, dann leiser seine Rede vortrug, während rechts von ihm Herr v. Koller und links der Kriegsminister aufstiegen, während hoch oben auf dem Präsidentensitz Freiherr von Bülow die Hand an das Ohr legend sich vorstreckte, unter die Sozialdemokraten auf dem Reichstagspräsidenten sich aufmerksamer lehnten und weiter herum sich der Kreis verlängerte, bis zu Herrn v. Wanteuffel, der die Hände in den Hosentaschen verstaute mit vergnügter Miene erst aufstand, als das Vorgehen des Reichstagspräsidenten die Reichstagsmitglieder an die Nationalliberalen adressierte. Keine hatte der Reichstagspräsident gesprochen: todtenstill war es um den Saal, als er schloß. Eine lebhafteste Unterhaltung setzte dann während ein und zwang den nachfolgenden Redner, auf der Tribüne die Versuche, sich Gehör zu erzwingen, wenig erfolgreich fortzusetzen. Still wurde es erst wieder, als nach geraumer Zeit von Freiherrn v. Wanteuffel die konservative Schlußfesselung markiert wurde. Das brachte eine große und offenbar recht unliebsame Ueberraschung dem Zentrum; eine lebhafteste Bewegung entlief in seinen Reihen. Als die Wogen sich endlich glätteten, waren die Haupt der Reichstagsmitglieder: sie hatten sich aus dem Saal zu stiller Beratung zurückgezogen. Dann folgte der Sozialdemokrat und machte eine Partei nach der anderen herunter; das Zentrum und die Konservativen hatten kräftig als lauchender Chorus, bis natürlich an sie die Reihe kam. Die eigenartigen Vibelinteraktionen, mit denen der Schluß der Rede des „Genossen“ Auer gewirkt wurde, riefen bei den vorher so munteren Herren eine betretene Stille hervor, die sich nicht einmal löste, als der freisinnige Vizepräsident Schmidt-Vingau, dem Herr v. Bülow das Kommando über die Glocke anvertraut hatte, über Herrn Auer einen Ordnungsruf verhängte. Der Reichstagsminister sorgte dann durch ein kräftiges Sprichwort gegen die Kasse für eine erlösende Heiterkeit und gab wie ein Schuß auf der Spitze ein, wo ihm Hände zum Drucke sich entgegenstreckten. Rechts unten an der Treppe sah zu ihm Herr Dr. Sigl so lange voll Zuhörerschaft hinauf, bis auch er mit einem freudigen Händedruck beehrt wurde. Herr Dr. Sigl hatte überhaupt einen großen Tag an der Treppe; sogar der Herr Reichstagsminister wußte er kurz vor Abbruchschluß noch auf einige Minuten zu fesseln. Nachdem Herr v. Karowski mit kräftigen Worten nach Rechts und nach Links die Erklärung der Reichspartei verlesen und seinen Platz auf der Tribüne dem national-liberalen Dr. Gumbrecht geräumt, war links unten im Saal ein unruhiges Verhängen: Herr Reichardt Schmidt war vom Präsidentensitz wieder heruntergefallen und sofort von Herrn Singer beherausgehoben worden, der ihn, wie es schien, ernst. Verhandlungen über den Ordnungsruf gegen den Genossen Auer machte. Auch Genosse Auer stand bald dabei, während Herr Schmidt von einem Fuß auf den andern unruhig die Stühle seines Sitzes umherverlegte. Auch Herr Spahn vom Zentrum kam hinzu; die sozialdemokratischen finsternen Blicke hellten sich endlich auf; wohl nicht zum wenigsten, weil Herr Richter sich umwandte und Herrn Auer anfas, so freundlich lächelnd, wie es an ihm die älteste Leute noch nicht zu bewundern Gelegenheit gehabt. Noch immer sprach das Zentrum nicht; erst kam der Vize zum Wort, dann endlich der abgeordnete Heubel, ein geistlicher Herr mit rundem Antlitz, Vater seiner Aussprache nach, und — allgemeine Ueberraschung — der offizielle Sprecher des Zentrums und Vorleser der von den inzwischen in den Saal zurückgekehrten Zentrumsmännern in aller Eile komponierten Verlesungserklärung. Fürst Hohenlohe erhob sich gespannt, streifte die Hochstühle auseinander, stützte die Hände in die Seiten und sah zu dem wiederholt mit Nachsätzen überschütteten unruhigen Zentrumsmann hinauf; Herr v. Koller stieg dann die Treppe hinauf zu den Konservativen und sprach einmündig auf Herrn v. Wanteuffel ein, der die Worte des Zentrums verschluckte, aber ersichtlich wenig Freude darüber verspürte. Der Schluß des Tages war wieder allgemeine Unruhe; mühsam kam durch das Gemurmel die Rede des Herrn Wundt, von der Tribüne herab, gleich einem in der Ferne verhallenden weymüthigen Requiem zur Befriedung der Umsturzvorlage, die heute weiter fortgesetzt wird.“

Deutschland.

Berlin, 9. Mai. Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt:

„Die nationalliberale Fraktion des Reichstags hat zu § 111 der Umsturzvorlage lediglich eine kurze Erklärung abgegeben und auf alle eigenen Vorschlagsänderungen verzichtet. Wenn in der Presse hier und dort noch von einem „Gesamtantrag“ die Rede ist, mittels dessen die Fraktion Verbündungsversuche an der Vorlage zu unternehmen gedenkt, so sei dem gegenüber einmündig festgestellt, daß solche Versuche in keinem Stadium der Vorberatungen seitens der Fraktion beabsichtigt waren, so lange auch die Kommissionsergebnisse noch vorliegen.“

Freier schreibt die genannte Korrespondenz: „Die im Reichstag begonnene Verhandlung über die Umsturzvorlage hat unsere Auffassung, daß die Vorlage als gescheitert zu betrachten sei, vollständig bestätigt. Es erweist sich auch als durchaus der parlamentarischen Sachlage entsprechend, daß die Beilegung des Schicksals bereits bei § 111, also spätestens Freitag erfolgen wird. Wir glauben in der Annahme sicher zu gehen, daß die Regierung den § 111 überflüssig ablehnt und damit auch das ganze Gesetz fällt, wenn der Schluß für die staatliche Autorität, bezw. die Herabsetzung der §§ 113 und 114 im § 111 abgelehnt wird und wenn die §§ 166 und 167 (Regierungsvergehen) in den § 111 eingezogen werden. Nachdem der konservative Wortführer, Freiherr von Wanteuffel, in dieser Hinsicht auf bestimmte

den Standpunkt der Regierung vertreten hat, während das Zentrum ebenso bestimmt (?) auf dem alten Standpunkt der Kommissionsergebnisse beharrt, ist jede Aussicht auf eine Wiederbeilegung der Konfessionen und Liberalen gescheitert. Die Vorlage selbst ist damit so gut wie abgethan und es bleibt nur übrig, dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß die verbliebenen Regierung sich möglichst frühzeitig schlüssig machen, auf die Weiterberatung des Entwurfs zu verzichten. — Die Erklärung, mit welcher der Reichstagspräsident Fürst Hohenlohe die zweite Lesung einleitete, hat in parlamentarischen Kreisen nur die Ueberraschung bezeugt, daß die Regierung an das Zustandekommen eines ihr annehmbaren Gesetzes in diesem Reichstag nicht mehr glaubt. Der Wunsch nach verstärkten Mitteln der Abwehr für die Staatsgewalt gegenüber den Umstürzversuchen bleibt natürlich aufrecht erhalten. Die Betonung dieses Wunsches und die Hoffnung, daß er auch im Reichstag gehet und erfüllt werde, haben ihre praktische Bedeutung offensichtlich nur für eine Zeit, die jenseits der gegenwärtigen Session gedacht wird.“

— Zur zweiten Beratung der Umsturzvorlage beantragte Abg. Frhr. v. Wanteuffel, dem § 184 folgenden Absatz 3 hinzuzufügen:

„Die Strafvorschrift des Absatz 1 findet auch gegen denjenigen Anwendung, welcher aus Gerichtsverhandlungen, für die wegen Gefährdung der Staatlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, oder aus den diesen Verhandlungen zu Grunde liegenden amtlichen Schriftstücken öffentlich Mittheilungen macht, welche geeignet sind, Mergerniß zu erregen.“

— Die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ schreibt in ihrer Abendausgabe vom 7. d. M.: „Aus Berlin wird uns von guter Seite berichtet, daß tatsächlich eine Hohenlohe-Krise vorhanden hat, daß es aber unrichtig ist, dieselbe mit der Umstürzvorlage in Verbindung zu bringen; der Grund der Krise soll vielmehr in der japanischen Frage zu suchen gewesen sein.“

Dazu bemerkt die „Berl. Corr.“: „Dem Verbreiter dieser Nachricht kann nur empfohlen werden, die Rede des Herrn Reichstagspräsidenten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Januar d. J. nachzulesen. Was in dieser Rede über die völlige Haltlosigkeit der damaligen Krisengerichte gesagt worden ist, trifft auch im vorliegenden Falle zu.“

— Die Wiener „Vol. Korresp.“ meldet, daß der türkische Marschall Freiherr v. d. Goltz Pascha seine Demission aus dem türkischen Dienst nachgeschickt habe, und schreibt dann weiter, daß v. d. Goltz Pascha sich bereits seit der Zeit, wo er die ihm gestellten Aufgaben auf dem Gebiet der Heeresorganisation, des militärischen Unterrichtswesens und des Generalstabes der Hauptstadt beendet habe, das ist seit ungefähr zwei Jahren, mit der Absicht getragen habe, aus dem türkischen Dienste definitiv zu scheiden, um seine Karriere in der preussischen Armee, in der er bekanntlich den Rang eines Generalmajors bekleidet, im aktiven Dienst wieder aufzunehmen. Ihn seinen Wiedereintritt wurden ihm seinerzeit Zusicherungen gemacht. Begreiflicherweise kommen aber hierbei gewisse Umstände, wie Anciennitätsverhältnisse und die in den Kommandobefehlen einwirkenden Befehle, in Betracht. Da nun kürzlich ein jüngerer Generalmajor mit der Führung einer Division betraut wurde, habe sich Freiherr v. d. Goltz veranlaßt gesehen, die notwendigen vorbereitenden Schritte für seinen Wiedereintritt in die preussische Armee zu unternehmen, und zu diesem Zwecke seinen Vertrag mit der türkischen Regierung gekündigt, um rechtzeitig aus dem türkischen Dienste scheiden zu können.

— Kaiserin Friedrich hat in ihrem Schloß Friedrichshagen im Lannus eine prächtige Autographensammlung, in welcher alle Potentaten, Staatsmänner und die hervorragenden Gelehrten und Literaten vertreten sind. — Außerdem sammelt Kaiserin Friedrich dort alle Werke, welche über die deutsche Kaiserfamilie und die englische Königsfamilie geschrieben worden, und in einem besonderen Bande wird das ganze anekdotische Material vereinigt, das in den Tagesblättern über irgend ein Mitglied des deutschen Kaiserhauses oder des britischen Könighauses erscheint. In dem Bibliothekszimmer — welches eine genaue Abbildung des Bibliothekszimmers in Sanssouci ist — steht ein Schrein, der die kostbare Sammlung aller Medaillen birgt, die je auf irgend ein Mitglied des englischen und des preussischen Königshauses geprägt worden sind, und ein großes Buch enthält alle Werke, die der Kaiserin Friedrich zugeeignet wurden, allen voran Schliemann's Prachtwerk „Troja“.

— In Friedrichshagen trafen gestern Vormittag 11½ Uhr mittels Extrazuges 116 Bekehrter von 73 Städten aus dem Königreich Sachsen, zunächst Völklingermeister und Stadtverordnetenvorsteher, ein. Der Oberbürgermeister Dr. Dietrich-Blauen hielt eine Ansprache an den ersten Bürgermeister, in welcher er hervorhob, es sei ein bisher in der Geschichte der Städte noch nie verzeichneter Vorgang, daß 72 Städte einmündig das Ehrenbürgerrecht verliehen. Der Redner überreichte sodann den gemeinsamen Ehrenbürgerbrief und schloß mit einem Gedächtnis an den Ehrenbürger Friedrich Wilhelm. Der Herr dankte für die ihm ehrende Auszeichnung, die noch keinem Minister widerfahren sei; er erwiderte, daß die beste Aussicht für die Zukunft, der Fürst erinnerte sodann an den Krieg vom Jahre 1866, an die Wachtstellung Sachsen mit Polen und wies darauf hin, daß das deutsche Reich wieder als eine leuchtende Macht mit der Spitze Europas stehe. Die Kämpfe deutscher Stämme miteinander seien in den Dynastien begründet gewesen, deren Einigkeit nunmehr auch die nationale Einigkeit sichere. Schließlich kritisierte der Fürst sehr lebhaft das heutige Parteiwesen, er sei versucht, den politischen Parteien ein Verbot zu bringen, ziehe aber ein Doch auf den König von Sachsen, den Vorkämpfer von 1870-71, vor. Sodann lud der Fürst eine größere Anzahl der Ehrentenamen zum Frühstück ein und unterließ sich bei einem Rundgange auf das freundliche mit denselben. Um 3 Uhr traten die Theilnehmer an der Aufnahme mittels Extrazuges die Heimfahrt an. Das Wetter war prächtig.

— Trotz aller Liebeshand der italienischen Regierung hat der Papst dem „Freimaurer“ Gräfi seine Vergangenheit und Gegenwart nicht verziehen. Die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung sind vielleicht heute schlechter als je. Die Affäre des Kardinals Hohenlohe wirkt hierauf ein großes Schlaglicht. Fürst Hohenlohe hatte auf einem Banquet, welches

der italienische Minister des Aeußern, Baron Blanc, veranstaltete, einen Toast auf Gräfi aus-gebracht. Kardinal Hohenlohe wollte hierdurch seine revolutionäre oder festerische Gesinnung äußern, im Gegentheil, er glaubte, nur der gegenwärtigen Stimmung des Vatikan's Ausdruck zu geben. Zu seiner Ueberraschung mußte er indessen sehr bald erfahren, wie gerühmt er diese Stimmung beurteilt hatte. Er mußte aus des Papstes eigenem Munde erfahren, wie wenig er die Politik des Vatikan's, das Buch mit sieben Siegeln, verstanden habe. Aus Rom erhält das „E. T.“ über die Audienz des Kardinals Hohenlohe bei dem Papst noch folgendes Privat-Telegramm:

„Der Empfang des Kardinals Hohenlohe bei dem Papst verlief sehr erregt. Der Papst rügte Hohenlohe's Anwesenheit bei dem Banquet im Hause des Ministers des Aeußern, Baron Blanc, und besonders den Toast des Kardinals auf Gräfi, worauf der Kardinal entgegnete, er habe geglaubt, daß es im Interesse der Kirche liege, eine konservative Regierung wie diejenige Gräfi's zu unterstützen. Die Aufforderung des Papstes, sich durch eine Erklärung oder dergleichen zu rehabilitiren, soll Kardinal Hohenlohe entschieden abgelehnt haben, worauf die Audienz ein höchst frostiges Ende nahm.“

Das ist eine offene Kriegserklärung des Vatikan's an die italienische Regierung. Nach vor Kurzem schien ein ganz anderer Wind dort zu wehen. Wie plötzlich der Umschlag erfolgt sein muß, geht daraus hervor, daß selbst ein Kardinal Fürst Hohenlohe darüber unorientirt sein konnte. Was ist vorgefallen? Das ist kein gutes Omen für die italienischen Wahlen.

— Dem Bundesrat liegt schon seit einiger Zeit eine Noelle zu dem Entwurf eines Verfassungsgesetzes vor. Voransteht die Vorberathung der Noelle. Es handelt sich dabei hauptsächlich um eine Veränderung des Gesetzes dahin, daß im Interesse der Kaiserlichen Rassen eine Bestimmung getroffen wird, wonach der Gewinn der Genossenschaften auch zu einem theilweisen Vereinsvermögen angestrichen werden kann, welches dann zugleich die Bildung eines besonderen Reservefonds ermöglicht. Die Bundesregierung ist bereits durch ein Rundschreiben um Prüfung dieser neuen Ergänzungen ersucht worden. Die Verhandlungen über die Angelegenheit schweben noch, werden aber voraussichtlich, falls nicht noch unerwartete Schwierigkeiten hervortreten, baldigst, daß demnach schon dem Bundesrat die weiteren Vorschlagsänderungen zugehen.

— Der Bundesrat hat bekanntlich beschlossen, daß deutsche Güter, welche aus dem deutschen Zollgebiet zum internationalen landwirtschaftlichen Maschinenmarkt in Wien gehen dürfen, Zollfrei zurückgeführt werden können. Zur Durchführung dieser Maßregel hat nun der Bundesrat neuerdings bestimmt, daß alle Güter, welche von dem Maschinenmarkt mit dem Auftrage auf Zollfreien Einlass zurückgeführt werden, vor dem Abgang in Wien von dem zuständigen Vertreter des kaiserlichen Generalkonsulats gegen Uebergabe von Verzeichnissen über den Inhalt der zu versendenden Kiste anzumelden sind. Der Generalkonsul erteilt nach erfolgter Prüfung den Rücksendungsbefehl. Von Anlage eines Zollverzeichnisses wird abgesehen, dagegen die Zollfreiheit der Güter davon abhängig gemacht, daß die Kiste mit dem Generalkonsul zu liefern den Zetteln befehligt werden, auf welchen der Name des Empfängers, der Bestimmungsort und die Ordnungszahl angegeben sind.

— Im Vatikan sagt man, wie berichtet wird, sehr über die zunehmende Verminderung in den Einkünften des Peterspfennigs. Eine zur Beratung der Mittel gegen diesen Uebelstand einberufene Kommission fand, daß die Gläubigen zu viel durch anderweitige Sammlungen für verschiedenartige kirchliche Zwecke in Anspruch genommen werden und schlug Dekrete gegen die Ableitung der katholischen Geldeinkünfte von dem römischen Sammelbecken vor. In der Umgebung des Papstes soll man in der That hässenden anderweitigen Sammlungen betheiligen haben, indessen schließlich zu der Erkenntnis gekommen sein, daß solche Maßregelungen böses Blut machen würden. Man begnügte sich dann mit dem Beschluß, den Bischöfen eine sorgfältige Aufmerksamkeit darauf zu empfehlen, daß die betreffenden Sammlungen auch wirklich für den jeweiligen angegebenen Zweck verwendet würden. Ein Rundschreiben für die Bischöfe mit der Aufforderung zur Wachhaltung des Sammelbeckens für den Peterspfennig bei den Gläubigen war schon früher beschlossene worden. Durch den kirchlichen Konflikt von Venedig hatte man sich an die Verwaltung des sehr reichen kirchlichen Propagandas in der leichten Stadt gewandt und an die früher dort üblich gewesene Peterspfennig von einer jährlich 1 Million Franken inneren. Die Verwaltung gab indessen für das Mal nur 200 000 Franken, wozu sogar noch der Einfluß hervorragender französischer Prälaten in der Lage des Papstes erforderlich war; von Venedig her wurde dabei bemerkt, daß die Kurie ja neuerdings auch nicht mehr die französische Mission im Orient unterhalte. Außer dem französischen Verbot über die ein wenig fremdlichere Weibung, welche die päpstliche Orientpolitik Italien gegenüber gemacht hat, wird in dieser Antwort wohl auch ein gewisser Groll über die Bevorzugung der kirchlichen republikanischen Regierung in Frankreich durch Leo XIII. zum Ausdruck gelangt sein.

— Der „Reichs-Anz.“ schreibt: Die in den Zeitungen umlaufenden Gerüchte über einen neuen Zusammenbruch der Maschinen S. M. S. „Kaiserin Augusta“ beruhen auf Grund. Das Schiff ist am 3. April in Dienst gestellt, um die Probefahrten wieder aufzunehmen, nachdem die drei Maschinen neue Zylinder erhalten haben. Die Zylinder in das Schiff eingebauten Zylinder hatten sich auf der Fahrt nach Nordamerika zur Abnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten der Kolonialausstellung in ihren Böden als zu schwach erwiesen. Dieser ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß nach dem Einbau der neuen stärker konstruirten Zylinder die Maschinen des Kreuzers den Anforderungen nicht genügen werden. Eine Störung des platten Verlaufs der jetzigen Probefahrten ist bisher allein dadurch eingetreten, daß sich in der äußeren Wand der doppelten Böden an zwei Niederdruckzylindern kleine Risse gezeigt haben, die entweder auf eine ungleiche

mäßige Erwärmung des doppelten Bodens oder auf eine durch den Guß derselben hervorgerufene Spannung zurückzuführen sind. Die Probefahrten nehmen ruhig ihren Fortgang; noch am 7. Mai, an demselben Tage, an welchem die Mehrzahl der Zeitungen die oben erwähnten Gerüchte brachte, wurde eine Fahrt zur Einübung des Maschinenpersonals vorgenommen, bei welcher die Maschinen tadellos arbeiteten. Die an den fälschlicherweise behaupteten Zusammenbruch der Maschinen gemachten Folgerungen über die Verwendung des Schiffes im Ausland, sowie über den Werth des Schiffes sind gegenstandslos. Das Schiff hat bei den ersten Probefahrten die gestellten Bedingungen vortrefflich erfüllt. Die Leistungen der Maschinen werden voraussichtlich, nachdem jetzt die Zylinder durch stärkere ersetzt worden sind, noch höhere sein, als die früher erreichten. Auch der in den Zeitungen gemachte Vergleich mit S. M. S. „Charlotte“ ist nicht zutreffend, da dieses Schiff niemals eine ernste Maschinenavarie gehabt hat.“

— Die deutsche Togo-Expedition ist zur Hälfte an die Küste zurückgekehrt, nachdem sie die ihr gestellte Aufgabe angehängt gelöst hat. Der in Berlin anwesende Afrika-reisende Gottlob Adolf Krause, der jahrelang in Salaga und den Hausa-Staaten gelebt hat, veröffentlicht in der „Kreuzzeit.“ nachstehende nähere Angaben:

„Es ist nicht ungewöhnlich, daß im ganzen Nigerbecken dieselbe Art zwei oder drei verschiedene Namen führt. Der Hausanamen ist gewöhnlich der bekannteste, wie es mit Pama und Bugu auch der Fall ist. Pama, von Gurmalen bewohnt, heißt bei den Eingeborenen Kungu, und da der König, der dort regiert, dieselbe heißt, so wird der Ort auch, nach weitverbreiteter Sitte unter den Nigern, Diesel genannt. Der eigentliche Name für Bugu ist Kungu, und das Land, in dem die Stadt liegt, heißt Kungu. Kungu oder On-Kungu, die Hauptstadt von Gurma, wird von den Hausaleuten Kungu Gurma, das ist Kungu, Kungu, Hof von Gurma genannt. Der König, der hier 1894 regierte, hieß Ben Ngarna und war der Sohn eines früheren Königs — seines fünften Vorgängers — Namens Ben Kadi. Dieser letztere führte bei den Hausa den Namen Tibant Kfi. Wenn man von Samant Kungu die gewöhnliche Karawanenstraße nach Sah einfaßt, so ist die Hauptrichtung des Weges Nord-Nord-Ost oder Nord-Ost. In vier oder sechs Tagen, je nach der Art des Marsches, erreicht man Pama, nachdem man vorher den Oberlauf des Tiffissus, welcher südlich von Kungu in den Volta einmündet, überschritten hat. Von Pama aus zweigt die Straße nach Kungu in nordwestlicher oder nordnordwestlicher Richtung ab, die Entfernung zwischen beiden Orten beträgt sieben Tagesmärsche. Seit man von Pama geradeaus nach Sah hin, so erreicht man in sieben Tagen Konjombi, wo die Straße von On-Kungu her wieder in die Hauptstraße einmündet. Zwei Tage südlich der Südbühse von Konjombi liegt Bugu, dieser Weg über Bugu wird von Karawanen gewöhnlich nicht eingeschlagen, da er über Berge führt. Von Konjombi weiter auf Sah zu marschiren, erreicht man am ersten Tage U-Garu oder On-Garu und am dritten Wajjafu. Sollten das etwa die Orte „Gara“ und „Wajjafu“ des Telegramms sein? Wenn die Gruenische Expedition von Pama über On-Kungu und Bugu nach Wajjafu marschirt wäre, so wäre das ein Rückmarsch gewesen. Von Wajjafu nach Sah sind noch zehn Märsche. Am zweiten Tage wird Kungu erreicht, von wo über Vando und Nando (Ghabonga bei den Eingeborenen) ein Weg abweicht nach Kirtasi (Kirtasi) am Niger, einem bekannten Fundort von Akat, der besonders nach Zoruba ausgeführt wird, aber auch nach Hausa und Salaga. Am fünften Tage gelangt man nach Kumbi, dem letzten Orte, und am sechsten nach Saghad, in welchem Jul (Julis, Jilant, Jilata) wohnen. Dieser Ort, sowie der folgende Garin Galadibi sind Völkern unterthan, das seinerseits vom König von Sah abhängig ist. Diejenigen Hausakarawanen, die bei ihrem Zuge aus ihrer Heimath nach Salaga durch Gurma ziehen, überschreiten den Niger an den folgenden fünf Orten: Sah (Gaji), Kirtasi (Kirtasi), Kumpa, Karamama (Karama) und Kari Kopti; die, welche durch Klein-Borgu ziehen wollen, überschreiten ihn bei Sabon Gari, Zeru, Gomba, Karmuru oder Gaja; die endlich, welche den Weg durch Groß-Borgu nehmen, bei Guadibiru, Kaptagi oder Wajjafu. Der Name „Warba“, der seit Jahren in Wüsten und auf Karten spielt, soll Warba sein. Es ist englische Schreibweise, offenbar von Dr. Wolf's Dolmetscher niedergeschrieben, der auch, wie andere gebildete Saharwa, welche englisch schreiben, den Namen „Salaga“ mit einem „sch“, nämlich „Salagar“; noch andere schreiben Salaga, Salaga. Die Völkernamen nennen sich selbst Bertoni, d. i. Ber-Menschen, War-Menschen, werden von den Zoruba, Zoruba, Zoruba, Warba und von den Hausa Vorgawa genannt. Ein Stamm Namens Warba wohnt südlich von Samant Kungu auf der Straße nach Kande (Kande), der Hauptstadt von Klein-Borgu. Diese Warba sind ein nacktes Heidenvolk, besonders an Bergen wohnend und bekannt als Jäger einer ganz kleinen Rasse von Wenden, die nach diesem Volke auch Warba genannt werden.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Mai. Der „N. Fr. Presse“ zufolge hat ein heute publizirtes kaiserliches Handschreiben an Rainold eine neue schwere Kompensation, die dahin führen kann, daß das Ministerium Bausch nach der Rückkehr des Kaisers aus Vola seine Demission überreicht. Die liberale Partei ist durch die neueste Wendung stark beunruhigt.

Finanzminister v. Plener erklärte heute im Budgetausschuß der Reichsrathsversammlung, daß er nicht empfehlenswerth erachte mit Rücksicht auf die Erfahrungen in Deutschland, hiebei soll ein viel größeres Nationalkapital in Bewegung gesetzt, als das kleine Oest.

8. Mai. Die „Bühnenkorrespondenz“ ist von kompetenter Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht eines Wiener Blattes, nach welcher die ungarische Regierung eine Note an den Grafen Kalothy gerichtet hätte mit Mittheilungen über den Verlauf des Gesprächs zwischen dem Kultusminister Wlassics und dem Minus Agliardi, vollständig erfunden ist.

Belgien.

Brüssel, 8. Mai. Der Ausfall der Arbeiter in den Steinbrüchen von Craans, wel-

cher einen Monat dauerte, ist jetzt in Folge Verhandlung zwischen den Besitzern und den Arbeitern beendet.

Frankreich.

Der „Kappel“ erhält aus Cayenne einen Brief, der ausführlich über die Ankunft des Ex-Hauptmanns Drejus in der südamerikanischen Strafkolonie und seine dortige Lebensweise berichtet. Die „Villevie-Saint-Nazaire“, auf der er die Ueberfahrt in einer Kabine, die gewöhnlich für weibliche Deportirte dient, bestanden hatte, landete in der Nacht vom 8. zum 9. März in Cayenne an. Sogleich fuhr der Direktor Guegan in einem kleinen Schiffe nach der Ile-Royal hinaus, wo die Sträflinge auf die verschiedenen Strätkorte vertheilt wurden. Der letzte, an den die Reihe kam, war Drejus, den der Direktor von der „Villevie-Saint-Nazaire“, wo er inzwischen noch geblieben war, abholte. Er machte dem Verräther begreiflich, jede Widerspenstigkeit würde ihm schwere Strafe zuziehen, und dieser, dessen Ermahnung verstand, und dessen Paar ganz ergraut ist, stammelte einige Worte. Dann ergriff er einen kleinen Handlofer, den man ihm gelassen hatte, und stieg schwerfällig in den Kahn, wo die vier Aufseher seiner harrieten, die Tag und Nacht um ihn sein mußten. Der Direktor und der Kommandant des Schiffes folgten in einem anderen Kahn, und wenige Minuten später landeten beide Fahrzeuge an der Insel Saint-Joseph. Der Ex-Hauptmann hatte nach der Ile-Diable gebracht werden sollen, allein diese, die noch kurz zuvor ein Absonderungsort für Ausfällige war, und wo man die Hütten niedergebrannt hatte, war noch nicht für seinen Empfang bereit. Erst drei Tage später wurde er dorthin geführt und in einer aus Brettern erbauten Hütte, welche über einer in ein Quadrat hat und auf Steinblöcken ruht, untergebracht. Die Insel ist nur von einigen Kokospalmen spärlich besetzt und so klein, daß sie in 25 Minuten umschritten werden kann. Die einzige Stelle, wo eine Entwässerung möglich wäre, befindet sich an ihrem Nordende und so weit darf der Sträfling nicht kommen. Es sind zwei Plätze gesteckt worden, welche die Grenze für seine Spaziergänge bilden und ihm nicht gestattet, die alte Steinmauer zu erreichen, wo Deschamps, der auf einer Baracke der Kommande später den Tod finden sollte, während seiner Deportation zu sitzen und zu träumen pflegte. Diese Stelle taum auch von der Ile-Royal aus bewacht werden. Drejus wird auf Schritt und Tritt von zwei Aufsehern begleitet. Des Nachts schliefen sie ihn in eine Hütte ein, die beständig erleuchtet und mit einem Suchlo versehen ist. Er erhält die gleiche Verpflegung wie die Soldaten in den Kolonien; nur muß er sein selbst bestreiten, was ihm ein Verbot ist, da der Kommandant des Transportschiffs für seine Rechnung 25 000 Franken erhalten hat. Zu arbeiten braucht er nicht, aber er darf auch nicht schreiben oder zeichnen, was ihm sehr hart fällt.

Paris, 6. Mai. Die Heßblätter geben sich die größte Mühe, eine „Sahnenstrage“ zu schaffen, und es kann nicht genug betont werden, daß ihr Treiben auf das Publikum einbrud zu machen beginnt. Die Schiffe, die nach Ost gehen, müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß Kaiser Wilhelm sie besucht. In diesem Falle haben sie nach den bei allen seefahrenden Völkern bestehenden Vorschriften auf dem Hauptmaste die Kaiserstandarte zu hissen. Da sie eine solche bisher nicht besaßen, erhielt der Flaggendienst des Arsenal's zu Vres, daß die Schiffe auszurüsten hat, den Befehl, sie herzustellen. Natürlich gefach dies herabgesetzt. Der deutsche Leser weiß, daß die Kaiserstandarte auf gelbem Grunde ein mit den Armen bis an die Ränder des Flaggentuchs reichendes Eisenkreuz in natürlichen Farben und getreuer Nachbildung zeigt. Jede der zwischen den Kreuzarmen frei bleibenden Flächen ist mit drei schwarzen Aehren und einer goldenen Kaiserkrone, das Eisenkreuz mit dem gekrönten und von der Krone des Schwarzen Adlerordens umgebenen Wappenschild des Reichs belegt. Da das Eisenkreuz richtig dargestellt ist, so enthält es auch die vorgeschriebene Aufschrift: „Gott mit uns. 1870.“ Diese Jahreszahl steht den Arbeitern und Beamten des Arsenal's sofort ins Auge und sie vereilen sich, Entwürfsentwürfe an die Blätter zu schreiben, nicht ohne sich in ihrer vaterländischen Aufregung anfangs zu übertriebenen Ungenauigkeiten hinreißen zu lassen. Sie behaupteten, daß das Flaggentuch die Aufschrift: „1870. Kaiser-Vorbringen“ trage. Die erste Mittheilung erregte peinliches Aufsehen, machte es aber der Regierung leicht, zu erklären, daß sie vollständig erlogen sei. Sie hatte aber in ihrer Verächtlichkeit ebenfalls über das Ziel hinausgeschossen. Das Wort „vollständig“ war zu viel. „Vollständig“ und nach ihr andere Blätter brachten einfach die Abbildung der Kaiserstandarte und jeder Leser konnte sich selbst überzeugen, daß das schmerzliche „1870“ am Fuße des Eisernen Kreuzes prangte. Nun hören die jenseitigen Einsprüche nicht auf. Jeder Tag bringt Zeitungsartikel und Aufsätze aus dem Publikum, in denen über die „unerhörte Selbsterniedrigung Frankreichs“ bittere Klage geführt wird. Die Regierung konnte diese Stimmung nicht unbeachtet lassen und sie suchte ein Ausfallsmittel. Es gab nur zwei. Entweder sie sicherte ihre Schiffe gegen die Nothwendigkeit, die Kaiserstandarte zu hissen, daß heißt, sie verzichtete von vornherein auf die Ehrung des kaiserlichen Besuchs, oder sie erlangte in Berlin die Zustimmung zur Verrückung einer Flagge, die in einer Einzelheit ungenau ist. Der Bericht auf den kaiserlichen Besuch hat seine schweren Bedenken. Wenn der Kaiser an Bord der Schiffe anderer Mächte geht, wird man es nicht als eine Zurücksetzung empfinden, daß er die französischen Schiffe vermeidet? Andererseits ist auch eine Verhandlung über den Befehl einer ungenauen Standarte bei jeder Gelegenheit etwas höchst peinliches. Die Weisen in der Zeremonienabtheilung („le protocole“) des auswärtigen Amtes machen allerdings geltend, daß das Eisenkreuz, obwohl es auch in der Kaiserin, der Königin, der Königin-standarte und der Flagge des kaiserlichen Hauses vorkommt, in keiner dieser Flaggen die Jahreszahl 1870 trägt, daß also die Weglassung dieser Zahl vom Eisernen Kreuz der Kaiserstandarte keine allzu große Bedeutung haben könne. Es ist aber nicht sicher, ob man in Berlin diese Auffassung nachsichtig gelten lassen wird. Jedenfalls besteht hier eine Schwierigkeit, die bei der französischen Empfindlichkeit nicht so unerheblich ist, wie sie ohne Zweifel dem hiesigen Leser fern liegenden Beobachtern scheinen wird.

Paris, 8. Mai. Die sozialistische Gruppe unter Jules Guesde veröffentlicht einen Aufruf

París, 9. Mai. Aus Marseille wird mitgeteilt, daß in den Zündholzfabriken von Begleit die Arbeiter den Ausstand erklärten, weil eine Arbeiterin, die ein rothes Band trug, entlassen wurde. Die Arbeiter verlangen, daß dieselbe wieder aufgenommen werde.

Belgrad, 9. Mai. Nachdem auch die Radikalen die Bildung eines Kabinetts abgelehnt hatten, will der König es mit einem Koalitionsministerium versuchen. Zu diesem Zwecke sind bereits verschiedene Persönlichkeiten nach Misch berufen worden. Die Situation wird als eine höchst ernste bezeichnet, man befürchtet, daß das Eintreffen der Erbkönigin Natalie die Lage noch verschlimmern werde.